



**DPoIG**  
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT  
im DBB

**Herausgeber:**

Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB  
Landesverband Hessen e.V.  
Otto-Hesse-Str.19/T 3, 64293 Darmstadt  
Tel.: (06151) 2794500  
Fax: (06151) 2794502  
Homepage: [www.dpolghessen.de](http://www.dpolghessen.de)  
eMail: [kontakt@dpolghessen.de](mailto:kontakt@dpolghessen.de)

**DPoIG – so gut kann Gewerkschaft sein!  
DPoIG – wir sind die Blauen!**

**Verantwortlich**

Roland Metz  
Landesredakteur  
Tel. 06151 / 2 79 45 00  
Fax 06151 / 2 79 45 02  
eMail: [metz@dpolghessen.de](mailto:metz@dpolghessen.de)

**DPoIG – tut was zu tun ist und noch mehr!  
Weiter vorn mit der DPoIG!**

## DPoIG – Info (DI)

Nr. 2

30. Januar 2017

Ein Service der Deutschen Polizeigewerkschaft  
im DBB (DPoIG), Landesverband Hessen

### In dieser Ausgabe lesen Sie:

- 1.1 – Erster Stellvertretender Landesvorsitzender Lars Maruhn:  
Herausforderungen \*\*\*\*
- 1.2 Start in die Einkommensrunde 2017 Öffentlicher Dienst Hessen -  
Innenminister Peter Beuth blieb Angebot und Antworten schuldig \*\*\*\*
- 1.3 Bitte vormerken und teilnehmen an der  
Kundgebung des dbb Hessen am 1.März 2017 in Wiesbaden \*\*\*\*
- 1.4 – Nancy Faeser (SPD): Hessische Polizei leidet unter schlechten  
Arbeitsbedingungen – und Minister Beuth duckt sich weg \*\*\*\*
- 1.5 – Polizeigewerkschaften sind sich einig! \*\*\*\*
- 1.6 – Wachpolizei Hessen:  
DPoIG-Mitglied erstreitet Sieg gegen das Land Hessen  
vor dem Landesarbeitsgericht Frankfurt/Main \*\*\*\*
- 1.7 – Infos für Ruheständler und solche, die es bald werden \*\*\*\*

### 1.1 - Herausforderungen



**Lars Maruhn**  
1. Stellv.-Landesvorsitzender

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

schon oft war die Aussage der Politik zu vernehmen, wir stünden „vor großen Herausforderungen“.

Für uns dürfen wir feststellen, dass die Kolleginnen und Kollegen, ob in Revieren, Stationen oder Kommissariaten, vor den Herausforderungen nicht nur gestanden, sondern diese auch mit großer Hingabe bewältigt haben! Ein Zurückweichen oder Abducken kam bisher nicht infrage!

Die Politik – und das quer durch alle „Farben“ – hat nach der Gewinnung der Erkenntnis um die Herausforderung zumeist den Mut und das Interesse zum Handeln verloren. Schon aus Gewohnheit nehmen wir das „Nichthandeln“ zur Kenntnis und verbuchen es unter „normal“. Doch es ist nicht „normal“. Und wir sind nun an einem Punkt angelangt, wo ein „Darüberhinwegsehen“ nicht mehr akzeptiert werden kann. Die Auswirkungen politischen Handelns in den zurückliegenden Jahren – 42-Stunden-Woche, stetiger Aufgabenzuwachs, null Prozent mehr an Gehalt in 2015 beziehungsweise ein halbes Prozent in 2016 (das halbe Prozent ist kein Schreibfehler), Beihilfekürzungen und vieles mehr – haben unsere Kolleginnen und Kollegen zum Umdenken geführt.

Noch nie war die Stimmung in der Polizei so politisch aufgeheizt! Ob bei Facebook, ob in Pressemeldungen, ob in Personalratssitzungen, ob in Personalversammlungen, ob in den Dienstgruppen, ob in den Kommissariaten – überall bahnt sich ein unglaublicher Frust seinen Weg!

Selbst Berufsnueinsteiger (Polizeikommissarsanwärterinnen und -anwärter) wissen bereits, dass in Bayern und Nordrhein-Westfalen die Beförderung zum Hauptkommissar eine Regelbeförderung ist, dass andere Bundesländer die Polizeizulage (wieder) ruhegehaltsfähig haben (beziehungsweise dies nie abgeschafft hatten) und freie Heilfürsorge gewähren. Ein Besoldungsunterschied von mehreren Hundert Euro im Monat in Bezug zu anderen Bundesländern kommt hier noch „on top“ dazu.

### **Hessens Polizei ist bei Weitem nicht vorn!**

Über allem erheben sich dabei die Fragen:

- > „Welche Polizei sind wir unserer Gesellschaft schuldig?“
- > „Was ist der Gesellschaft ihre Polizei wert?“

Es steht außer Zweifel, dass eine ständig gering geschätzte (und gedemütigte) Polizei ihre Leistungsfähigkeit langfristig nicht halten kann!

Wie in allen Bereichen unserer Gesellschaft stehen auch hinter der Berufsbezeichnung „Polizistin/Polizist“ Menschen. Immer öfter ist es jedoch so, dass Politiker und das polizeiliche Gegenüber, im täglichen wie auch im besonderen Dienst, und – leider auch temporär – unsere Gesellschaft die Menschen dahinter übersieht beziehungsweise bewusst ignoriert!

Die DPoIG verzeichnet in den vergangenen Jahren einen stetigen Anstieg von Eintritten in unsere Gewerkschaft. Dafür ist offenbar nicht nur unsere gewerkschaftliche Leistungspalette ausschlaggebend (wie Rechtsschutz, Regressversicherung, Handyverträge et cetera).

In zahlreichen Kontakten mit neuen und langjährigen Mitgliedern stellen wir fest, dass der Glaube und auch ein großes Stück Hoffnung in der richtigen Formulierung und der anschließenden Durchsetzung unserer gewerkschaftlichen Forderung der Grund hierfür ist.

Wir warnten und warnen vor der Herabsetzung von Einstellungs- und Ausbildungsstandards! Die Herausforderungen erfordern mehr denn je qualifizierte und motivierte Polizeibeamte!

Es ist nicht (mehr) zu verantworten, dass Kolleginnen und Kollegen, die das fünfzigste Lebensjahr weit überschritten haben, in Alarmhundertschaften verwendet werden. Und es ist nicht hinnehmbar, dass Kolleginnen und Kollegen mit oftmals schon weit mehr als 30 Jahren Wechselschichtdienst (WSD) keine Aussicht auf einen adäquaten Tagdienstposten haben! Derzeit ist es auch so, dass der überwiegende Teil der Polizisten mit dem ersten Beförderungssamt in Pension geht/gehen! Die Aussichten hier deuten nicht auf Änderungen hin.

### **Auch hier ist Hessen nicht vorn, sondern einfach nur perspektivlos**

Das wird, und so ist es bereits in Teilbereichen des Öffentlichen Dienstes in Hessen zu beobachten, zur Abwanderung von hochqualifiziertem Personal führen.

Zusammen mit den beiden anderen Gewerkschaften in Hessen arbeiten wir an der Erreichung der bis hierhin nur im Ansatz aufgezeigten Ziele, bei deren Formulierung wir uns kaum unterscheiden. Einzig und allein der Weg, sie zu definieren, zu vermitteln und zu erreichen, unterscheidet uns!

Unsere Gesellschaft ist offener und wesentlich komplizierter geworden. Wir wollen mitreden und erst recht wollen wir gefragt werden!

Gewerkschaften haben im übrigen schon immer mitgeredet und gefragt. Leider waren sie nicht immer in der erforderlichen Lautstärke zu hören.

Warum? Das „WIR“ fehlte, und oft waren die Einzelnen zu viel mit sich selbst beschäftigt, statt mit denen, die zum Handeln hätten aufgefordert werden müssen.

Gewerkschaften sind dafür da, dass den politisch Verantwortlichen – damit eigentlich auch den formal Handelnden – der Blick für Probleme und Fragestellungen im jeweiligen Resort geöffnet wird. Forderungen werden formuliert und überprüfbar zum Ergebnis geführt.

### **Wir sind der Spiegelhalter für die Politik!**

Nur so können die Politiker Fehlentwicklungen erkennen und korrigieren!

Gerade heute, in dieser hochpolitisierten gesellschaftlichen Stimmung, die weit über die Polizei hinausreicht, ist es wahrlich töricht, wenn weiter die Politik ihre Augen vor unseren Argumenten verschließt.

Seit den Geschehnissen im Jahr 2016 – beispielhaft nenne ich die Terroranschläge in anderen europäischen Staaten, die Terroranschläge bei uns in Deutschland, den misslungenen Putsch in der Türkei und das Wüten danach durch Erdogan, „Reichsbürger“, „Trump-Wahl“ in den USA – muss jedem klar sein:

**„Ein Weiter so!“ darf es nicht geben!**

Nur motivierte, hervorragend ausgebildete und bestens ausgestattete Polizeibeamte mit der wichtigen und notwendigen Wertschätzung bei deren Besoldung und Versorgung können sich den gewachsenen Herausforderungen stellen.

Die Politik muss sich darüber im Klaren sein, dass nur mit diesen grundlegenden Voraussetzungen die heutige Polizeiarbeit zu bewältigen und die notwendige Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger zu garantieren ist! Gemeinsam müssen wir wieder zu einer Betriebszufriedenheit gelangen, damit das Ergebnis der Polizeiarbeit den größtmöglichen Nutzen für unsere Gesellschaft und jeden Einzelnen bringt.

Wer aus der Politik kontinuierlich anderes behauptet und sich mit den seit Jahren überfälligen Einzelaktionen – wie OPE-Zulage, einem minimalen Hebungsprogramm, einer minimalen Erhöhung der Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) oder der Anhebung bei den Einstellungszahlen für die Polizei – herauszureden versucht, hat noch nie in den vorgehaltenen Spiegel geschaut oder es gewagt, an den berühmten „Tellerrand zu treten“ um darüber hinwegzublicken.

Nein, es ist sogar verwerflich, zynisch und ein deutlicher Schlag in das Gesicht jeder Kollegin und jedes Kollegen, wenn die Politik sich damit brüstet und dies als Erfolg verkauft!

Getragen von unseren Mitgliedern, angetrieben durch die große Unzufriedenheit in der Belegschaft, aber auch durch die gemeinsamen Erfolge in der Vergangenheit kämpft die DPolG weiterhin gegen Missstände in der Polizei und gegen die Geringschätzung seitens der Politik.

Stärke fängt im „Inneren“ an! Deshalb ist gemeinsames gewerkschaftliches Handeln wichtiger denn je, um den anvertrauten Bürgerinnen und Bürgern die Leistung ihrer Polizei zuteilwerden zu lassen, die sie verdienen!

Ich grüße Sie herzlich

Ihr

Lars Maruhn

(1. Stellvertr. Landesvorsitzender)

## **1.2 - Start in die Einkommensrunde 2017 Öffentlicher Dienst Hessen - Innenminister Peter Beuth blieb Angebot und Antworten schuldig**

Der Auftakt in die Tarifrunde 2017 zwischen Gewerkschaften und Land Hessen über Einkommens- und Beschäftigtenbedingungen für die cirka 45.000 Tarifbeschäftigten des Landes Hessen endete am 27. Januar 2017 in Wiesbaden ohne Ergebnis. Hessens Innenminister Beuth legte kein Angebot vor.

*„Hessen bleibt uns Angebot und Antworten auf unsere Forderungen schuldig, Innenminister Peter Beuth kam leider mit leeren Taschen“, bedauerte Willi Russ, Zweiter Vorsitzender und*

Verhandlungsführer des dbb. „Der Öffentliche Dienst ist nicht mehr attraktiv genug. Es wird zunehmend schwieriger, Nachwuchs zu finden. Geld ist genug da.“

Sechs Prozent Einkommensplus, lautet die Forderung des dbb hessen (beamtenbund und tarifunion). Auszubildende sollen eine Entgelterhöhung von 90 Euro monatlich erhalten und dauerhaft übernommen werden.

Das Tarifergebnis soll zudem zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten und Versorgungsempfänger übertragen werden

### 1.3 - Bitte vormerken und teilnehmen an der Kundgebung des dbb Hessen am 1.März 2017 in Wiesbaden



**Zur Unterstützung und Untermauerung unserer Forderungen rufen wir alle Beschäftigten im Landesdienst Hessen (TV-H) zur Teilnahme an der Kundgebung des dbb Hessen auf!**

**Treffpunkt ist am  
1. März 2017, um 10:00 Uhr,  
in Wiesbaden  
auf dem Dern'schen Gelände**

Alle Tarifbeschäftigten im Landesdienst (TV-H) sowie die Auszubildenden, Schüler und Praktikanten nach dem TVA-H BBiG und TV Prakt-H sollen sich an der Veranstaltung beteiligen!

Auch die hessischen Beamten sollten durch ihre Teilnahme die gemeinsame Forderung bei der Kundgebung unterstützen.

Bitte diese Info aushängen und möglichst vielen Kolleginnen und Kollegen zur Kenntnis geben. Insbesondere allen Tarifbeschäftigten inklusive der Wachpolizei.

## 1.4 - Nancy Faeser (SPD): Hessische Polizei leidet unter schlechten Arbeitsbedingungen – und Minister Beuth duckt sich weg



Nancy Faeser  
Innenpolitische Sprecherin  
SPD-Landtagsfraktion

Die innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Nancy Faeser hat der Landesregierung vorgeworfen, die Polizistinnen und Polizisten im Land systematisch zu verheizen. Inzwischen wendeten sich Beamtinnen und Beamte im Wochentakt an die Öffentlichkeit und beschrieben in drastischen Worten die nicht mehr zumutbare Arbeitsbelastung, den hohen Krankenstand und die enorme Frustration bei der hessischen Polizei, sagte Faeser am Mittwoch in Wiesbaden. *„Aber statt die alarmierenden Berichte von der Basis ernst zu nehmen und unsere Polizei personell zu stärken, duckt sich der Innenminister weg. Herr Beuth versteckt sich hinter seinem Pressesprecher und den Polizeipräsidenten, die er zum Abwiegeln und Beschwichtigen vorschickt. Eine verantwortungsvolle Amtsführung sieht anders aus“*, so Nancy Faeser.

Anlass für die Kritik der SPD-Innenpolitikexpertin war ein Bericht des Hessischen Rundfunks (hr) über den Brandbrief eines Polizeibeamten aus Mittelhessen an Innenminister Peter Beuth (CDU).

Der Beamte beklagt darin unhaltbare Arbeitsbedingungen, die zu einem extrem hohen Krankenstand unter den Kolleginnen und Kollegen führten. Die hessische Polizei fühle sich von der Landesregierung allein gelassen.

*„Herr Beuth erntet jetzt den Sturm, den Volker Bouffier in seiner Zeit als Innenminister gesät hat“,* sagte Nancy Faeser. *„Bouffier und seine Nachfolger von der CDU haben die Polizei in Hessen sorgfältig und planmäßig kaputtgespart, und nun sehen wir die katastrophalen Folgen – für die Beamtinnen und Beamten, aber auch für alle anderen in unserem Land, deren Sicherheit auf dem Spiel steht. Dass Herrn Beuth außer Schönreden nichts dazu einfällt, ist dramatisch.“*

Faeser forderte den Innenminister auf, das Gespräch mit den Personalvertretern der Polizei und den Gewerkschaften zu suchen, um wirksame Sofortmaßnahmen zur Entlastung der Beamtinnen und Beamten von Verwaltungsaufgaben zu vereinbaren. Außerdem müsse das Land seine Wertschätzung für den Dienst der Polizistinnen und Polizisten dokumentieren, indem es die Beamtenbesoldung spürbar verbessere. *„Das schwarz-grüne Sonderopfer der Beamten, die sich mit kümmerlichen Vergütungszuwächsen zufrieden geben sollen, muss endlich abgeschafft werden. Es wäre wenigstens ein erstes Zeichen des guten Willens, wenn das Land den Tarifabschluss für die Angestellten des öffentlichen Dienstes auf seine Beamten übertrüge. Aber vermutlich ist die schwarz-grüne Stillstandsgemeinschaft, die sich Landesregierung nennt, auch dazu nicht in der Lage“*, sagte Nancy Faeser.

**Quelle:** Pressemitteilung der SPD Hessen vom 18.01.2017

## 1.5 - Polizeigewerkschaften sind sich einig



Alexander Glunz  
Pressesprecher  
DPoIG Mittelhessen

Die grundsätzliche Mehrbelastung der Polizei, nicht nur, aber auch durch die Flüchtlingswelle 2015, welche am 13. Januar 2017 in einem Presseartikel in der Gießener Allgemeinen Zeitung thematisiert wurde, ist nicht neu.

Der Kreisverband Mittelhessen der DPoIG hatte schon im August 2015 in der gleichen Tageszeitung auf die Missstände hingewiesen!

Deshalb ist es nur folgerichtig, wenn wir uns den Argumenten und Problemen, die der GdP-Kreisvorsitzende jetzt ins Feld führte, anschließen.

Wir sehen das Wohl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an erster Stelle, denn nach wie vor ist die Polizei Mittelhessen mit der Flüchtlingsproblematik und deren Folgen stark belastet.

Es ist richtig, dass die Hessische Landesregierung zwar neue Stellen im Bereich der Polizei geschaffen hat, aber diese Maßnahme kam zu spät.

Schon vor Jahren wies die DPolG auf den Personalnotstand bei der Polizei hin! Aber anstatt zu handeln, hat die CDU/Grüne-Landesregierung erst mal „das Kind in den Brunnen fallen lassen“.

Wenn in der heutigen Zeit ein Innenminister es als Erfolg deklariert, dass die Polizeivollzugsbeamten einigermaßen gut ausgerüstet sind, dann hat er nicht nur die mahnenden Rufe der DPolG ignoriert, sondern sieht die tägliche Realität auf unseren Straßen nicht! Die Parole muss lauten, dass Beste gerade gut genug ist! Und das darf nicht nur für die Ausrüstung gelten!

Es wäre an der Zeit, den Rat und die Hinweise der Gewerkschaften, egal ob sie von Blau, Rot oder Grün kommen, ernst zu nehmen, um **nicht** wieder erst zu reagieren, wenn es zu spät ist!

### **1.6 - Wachpolizei Hessen: DPoIG-Mitglied erstreitet Sieg gegen das Land Hessen vor dem Landesarbeitsgericht Frankfurt/Main**

Unser DPoIG-Mitglied, ein 47 Jahre alter Wachpolizist, beschäftigt beim Polizeipräsidium Frankfurt am Main, gewann im November 2016 vor dem Landesarbeitsgericht in Frankfurt in einem Berufungsverfahren gegen das Land Hessen.

Gegenstand des Verfahrens war eine Klage auf Höhergruppierung in die Entgeltgruppe 9 Stufe 4. Nachdem der Kläger vor dem Arbeitsgericht Frankfurt erfolgreich in der I. Instanz geklagt hatte, legte das Land Hessen Berufung gegen das Urteil ein.

Das Landesarbeitsgericht wies die Berufung am 11.11.2016 zurück, Az. 14 Ca 3571/15.

Eine Revision wurde nicht zugelassen. Allerdings hatte das Land Hessen die Möglichkeit gegen die Nichtzulassung der Revision Beschwerde beim Bundesarbeitsgericht einzulegen. Darauf hat das beklagte Land verzichtet, sodass das Urteil nun rechtskräftig wurde.

Somit wurde für Recht befunden, dass der Kläger, der im Objektschutz eingesetzt ist, für diese Tätigkeit gründliche und vielseitige Fachkenntnisse sowie selbstständige Leistungen erbringen muss.

Da die Tätigkeit des Klägers zu einem überwiegenden Teil (also zu über 50 Prozent) aus Objektschutzaufgaben (wobei stationärer und mobiler Objektschutz hierbei zusammengefasst und als ein Arbeitsvorgang bewertet wurden) besteht und bereits daraus der Anspruch auf Höhergruppierung abzuleiten ist, wurden die übrigen Arbeitsaufgaben nicht mehr durch das Gericht bewertet.

Das Gericht stützte sich in seiner Urteilsbegründung sowohl auf den Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) als auch auf den Tarifvertrag-Hessen.

Durch dieses letztinstanzliche Urteil dürften nun viele Höhergruppierungsverfahren positiv für die Antragsteller beschieden werden. Aufgrund lokaler Unterschiede bei der Tätigkeitsausübung und auch unterschiedlicher tarifvertraglicher Dispositionen muss sicherlich weiterhin die ein oder andere Fallkonstellation individuell betrachtet werden.

Mitglieder der DPoIG können ihre Ansprüche bei den Dienstleistungszentren des DBB kostenlos überprüfen lassen und gegebenenfalls auch einklagen.

Bernd Gayk  
Rechtsschutzbeauftragter  
DPoIG Hessen

Quelle: DPoIG-Mitteilung vom Januar 2017

### **1.7 - Infos für Ruheständler und solche, die es bald werden**

### **Brauchen wir eine Pflegezusatzversicherung ?**

Die Ertragslage und damit die Belastungen durch die anhaltende Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank ist nicht nur bei den Banken, sondern auch bei den Versicherungen die stereotype Erklärung für die derzeitige Erhöhung der Versicherungsbeiträge.

Die dort gebildeten Rücklagen bringen nicht mehr die gewünschten Erträge durch die Zinseinnahmen.

So mussten in den letzten Wochen rund sechs Millionen Kunden von privaten Versicherungskassen (PKV) erfahren, dass ihre Versicherungsbeiträge um rund 10 bis 12 Prozent zum 1.1.2017 steigen. Bei einzelnen Versicherten kann die Erhöhung durchaus noch höher ausfallen.

Bei Beamten, die über die Beihilfe und einer privaten Krankenversicherung im Krankheitsfalle abgesichert sind, lohnt sich ein Tarifwechsel innerhalb der PKV nicht.

Die so genannte Basisversicherung schmälert die Leistung der Kasse ganz erheblich. Bislang erbrachte Leistungen werden unnötig aufgegeben. Gelegentlich werden abstruse Risikozuschläge verlangt. Die Beiträge bei der Basisversicherung gelten als nicht beitragsstabil.

Wo also einsparen? In Blickfeld geraten die privaten Pflegezusatzversicherungen.

So mancher Beihilfeberechtigte und Privatversicherte stellt sich diese Frage unter anderem auch deshalb, weil die Kosten für eine solche Versicherung ebenfalls gestiegen sind. Soll ich die Pflegezusatzversicherung kündigen? Lohnt es sich als Beamter überhaupt, eine solche Versicherung abzuschließen?

Die Anfragen bei uns sind nicht selten. Auch beim LBV BW registriert man solche Anfragen. Aber genauso wie diese Behörde können wir hier auch nur antworten:

JEIN. Die Tendenz geht aber stark nach Ja.

Aufgrund des Für und Wider muss jeder aufgrund seiner persönlichen Lebensverhältnisse eine Entscheidung treffen.

Das setzt voraus, dass man über die Pflegeversicherung und die Pflegezusatzversicherung fundierte Kenntnisse hat.

Wir wollen uns deshalb im STANDPUNKT mit diesem Thema auseinandersetzen.

Als Einstieg sollen folgenden Fakten dienen:

- 2013 waren in Deutschland rund 2,6 Millionen Menschen pflegebedürftig.
- 2020 rechnet man mit ca. 3 Millionen.
- 2030 werden 3,5 Millionen Pflegebedürftige erwartet.
- 4,1 Jahre ist die durchschnittliche Dauer der Pflege bei Frauen.
- 2,8 Jahre wurden bei Männern errechnet.
- 78,9 Jahre ist das Alter bei Männern, wenn sie in ein Heim einziehen.
- 82,5 Jahre bei Frauen.

Allein aus diesen Fakten kann man ablesen, dass die Kosten für eine Pflegeversicherung höher und die Leistungen aus der Pflegeversicherung möglicherweise geringer werden könnten.

(wird fortgesetzt)

Quelle: ‚Standpunkt‘ der DPoIG Kurpfalz Ausgabe Nr. 14 / 2016 vom 19.12.2016

---

## **DPoIG - wir sind die Blauen!**

# Das Vergnügen besser zu sein - DPoIG!

Besuchen Sie unsere Homepage: [www.dpolghessen.de](http://www.dpolghessen.de)

Serviceleistungen für unsere Mitglieder und für die Polizei

Pkw riesig unter Listenpreis! Mobiltelefone unschlagbar günstig!



## Sondertarife Ö. D.

von der DPoIG Service GmbH

Aktuelle Service-Angebote der DPoIG unter: [www.dpolg-service.de](http://www.dpolg-service.de) oder 07161-964100

**DPoIG – wir können was wir tun!**  
**DPoIG – tut was zu tun ist und noch viel mehr!**  
**Verstehen \* Lösen \* Handeln = DPoIG!**

### ZIT I E R T

...

Das Grundgesetz schließt eine fixe Obergrenze beim Asylrecht aus. Aber es ist ein Gebot der Ehrlichkeit, im Sinne des Bundespräsidenten Joachim Gauck zu sagen: „Unser Herz ist weit, unsere Möglichkeiten sind endlich.“

Ich sehe die Gefahr, dass wir in Deutschland eine Art Sondermoral entwickelt haben, die sich steigern kann bis zur Proklamation eines deutschen Moralmonopols.

Ich beobachte, vor allem seit dem letzten Herbst, eine Art von fast schon nationalistisch wirkendem Sendungsbewußtsein namentlich links der Mitte.

Wir können und müssen auf dem Gebiet des politischen Asyls und der Flüchtlingshilfe mehr leisten als andere.

Wir dürfen aber nicht den Eindruck vermitteln, sie seien moralisch minderwertig.

...

Heinrich August Winkler  
**Historiker**

Auszug aus einem dreiseitigen Interview, in dem er u. a. die Frage beantwortete, ob er für eine quantitative Obergrenze sei.

So zu lesen im  38/2016 (S. 34, li. Spalte)

**Ende DPoIG-Info (DI) Nr. 2-2017**

Erscheint in unregelmäßigen  
Abständen bei Bedarf.  
Nachdruck honorarfrei.  
Quellenangaben erbeten.

Die unter Verfasseramen  
veröffentlichten Artikel stellen  
nicht in jedem Fall auch die  
Meinung der DPoIG dar.